



Medienmitteilung

Zürich, 09.10.2025

Beschlüsse der Kommissionen

KPB: Knappe Mehrheit lehnt Velo-Vorlage ab

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, auf die Umsetzungsvorlage zu drei Motionen betreffend Velo-Themen nicht einzutreten. Konkret geht es um die Motionen «Sicheres und effizientes Velofahren dank Behebung der 1200 Schwachstellen bei der Veloinfrastruktur» ([KR-Nr. 364/2020](#)), «Sicheres Velofahren dank systematischer Überprüfung und Abgleichung von Strassenprojekten mit dem kantonalen Velonetzplan zur Behebung von Schwachstellen» ([KR-Nr. 365/2020](#)) und «Thesaurierender Fonds für Radwege» ([KR-Nr. 62/2021](#)). Die Mehrheit der KPB folgte damit dem Antrag des Regierungsrates. Für sie würde der thesaurierende Fonds Gelder binden, ohne die gewünschte Wirkung zu erzielen. Zudem ist sie der Ansicht, dass die Vorlage einen grossen Aufwand für die Aufschlüsselung von Strassenbauprojekten mit sich bringen würde. Die Haupthindernisse für den Veloverkehr sieht sie in den Verfahren und Einsprachen. Eine Minderheit aus SP, GLP und Grünen erkennt hingegen Handlungsbedarf bei den Anliegen der Motionen und spricht sich dagegen aus, diese in einer Umsetzungsvorlage zusammenzufassen. Die Minderheit beantragt daher Eintreten, sodass in der Folge ein Antrag auf Aufteilung der Vorlage gestellt werden kann.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

KPB: Kein Fonds für Zürcher Uferwege

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, auf die Umsetzungsvorlage zur Motion «Thesaurierender Fonds für Uferwege» nicht einzutreten ([KR-Nr. 61/2021](#)). Die Mehrheit der KPB folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Mit der Motion wurde gefordert, dass die gemäss Strassengesetz jährlich für die Erstellung von Uferwegen zu budgetierenden 6 Millionen Franken in einen Fonds eingezahlt werden sollen, in dem sie nicht verfallen können. Die Kommissionsmehrheit befand mit dem Regierungsrat, dass ein solcher Fonds die Uferwegprojekte nicht beschleunigen und der Regierung diesbezüglich keine zusätzlichen Möglichkeiten eröffnen würde. Eine Minderheit von SP und Grünen hält den Fonds für dringend nötig und stellt einen Antrag auf Rückweisung an die Kommission.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

FIKO: Nachtragskredit im Amt für Informatik soll bewilligt werden

Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, einen Nachtragskredit von 5,094 Millionen Franken im Amt für Informatik (AFI) zu bewilligen ([6048](#)). Im Zusammenhang mit der zusätzlichen gebundenen Ausgabe und Vergabeerhöhungen im Projekt «Plattformen und Rechenzentren sowie Plattformbetrieb, Applikationsbetrieb und Applikationsmanagement» kann der Budgetkredit 2025 nicht eingehalten werden. Für den Abschluss des Projektes werden aufgrund des erheblich grösseren Migrationsaufwands, der gestiegenen fachlichen Anforderungen der Direktionen und der Staatskanzlei sowie der



Sicherheitsvorgaben der allgemeinen und der besonderen Informationssicherheitsrichtlinien zusätzliche Mittel benötigt.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 200 22 21

Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.